Kamener Zeitung

Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Petitzeile 20 Pf., bei lokalen Anzeigen 15 Pf., Reklamezeile 60 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. Jeder Rabatt gilt als Kassarabatt und erlischt bei Nichteinhaltung unserer Zahlungs-Bedingungen sowie bei Konkursen, Zwangsvergleichen und gerichtlichen Klagen. Für die Aufnahme an bestimmt vorgeschriebenen Stellen wird keine Gewähr geleistet.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der

Märkischen Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für die Stadt Kamen.

Freiwillige Unfall-Unterstützung nach Maßgabe der veröffentlichten und in der Geschäftsstelle einzusehenden Bedingungen.

Erscheint täglich mit der Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" Monatlicher Bezugspreis 90 Pf. durch die Post bezogen vierteljährlich 2.25 Mk. Verlag der Kamener Zeitung, G. m. b. H., in Kamen. Geschäftsstelle Kamen, Westfr. 10. Fernsprecher Nr. 1. Für die richtige Ausführung telephonisch aufgegebener Anzeigen wird jede Verantwortung abgelehnt. Für die Redaktion verantwortlich: H. Schubeis.

Nr. 14 — Donnerstag, den 17. Januar 1918 — 46. Jahrgang

Weitere Auseinandersetzungen in Brest-Litowsk.

Wolffs Büro meldet aus Brest-Litowsk: Am 14. Januar um 5 Uhr nachmittags hielt die Kommission zur Beratung der territorialen Fragen ihre vierte Sitzung ab. — Staatssekretär v. Kühlmann teilte mit, daß die verbündeten Regierungen zu dem Entschluß gekommen seien, die formulierten Vorschläge der russischen Delegation ihrerseits gleichfalls in formulierter Form mündlich zu beantworten. Er halte aber die Arbeit für außerordentlich zeitraubend und wenig fördernd; er würde empfehlen, die Materie durchzusprechen und dann von jeder Seite je einen Herrn nur mit der Redaktion zu betrauen. Diese beiden Herren könnten eine gemeinsame Fassung suchen und, falls dies nicht möglich wäre, die gegenseitigen Differenzpunkte feststellen. — Hierauf gelangte die materielle

Antwort der Verbündeten

zur Verlesung, in der es heißt: Die russischen Vorschläge betreffend die besetzten Gebiete Rußlands weichen dermaßen von den Ansichten der Verbündeten ab, daß sie in der vorliegenden Form als unannehmbar bezeichnet werden müssen. Sie tragen den Charakter des Kompromisses und stellen sich als eine einseitige russische Forderung dar. Trotzdem sind die deutsche und die österreichisch-ungarische Delegation bereit, nochmals, und zwar diesmal formuliert, ihre Anschauungen über die schwebenden Fragen klar zum Ausdruck zu bringen und noch einen Versuch zu unternehmen, ob sich von dem angestrebten Kompromiß aus eine Aussicht auf Verwirklichung biete. Es muß wiederholt darauf hingewiesen werden, daß für die Mittelmächte mit dem Abschluß des Friedens mit Rußland keineswegs auch der allgemeine Friede verbunden ist. Die verbündeten Delegationen erklären aufs neue, daß sie der Ansicht sind, die verfassungsmäßig zustande gekommenen Organe in den neuen Staatsgebilden seien vorläufig als vollkommen befähigt anzusehen, den Willen breiter Kreise der Bevölkerung auszudrücken.

Von großer Bedeutung ist das Urteil des obersten Gerichtshofes in Washington vom Jahre 1908, daß die souveränen Rechte der Vereinigten Staaten für voll und ganz bestehend anerkannt werden müssen vom Tage der Verkündigung ihrer Unabhängigkeit ab, ganz unabhängig von ihrer Anerkennung seitens Englands im Vertrage von 1782. Die verbündeten Delegationen nehmen von der Erklärung Kenntnis, daß die russische Regierung aus der Zugehörigkeit der besetzten Gebiete zum Bereiche des früheren Kaiserreiches keine Schlüsse zieht, irgendwelche staatsrechtlichen Verpflichtungen der Bevölkerung dieser Gebiete im Verhältnis zur russischen Republik aufzuerlegen und daß die alten Grenzen des früheren russischen Kaiserreiches, die Grenzen, die durch Gewalttaten und Verbrechen gegen die Völker gebildet wurden, insbesondere gegen das polnische Volk, zusammen mit dem Zarismus verschwunden sind, ebenso davon, daß für die russische Regierung die Grundaufgabe der jetzt geführten Verhandlungen nicht darin besteht, in irgendwelcher Weise das weitere zwangsweise Verbleiben der genannten Gebiete im Rahmen des russischen Reiches zu verteidigen, sondern in der Sicherung der wirklichen Freiheit der Selbstbestimmung, der internationalen Staatseinrichtung und der internationalen Lage. In diesem Zusammenhang war die Frage aufzuwerfen, aus welchem Rechtsverhältnis die gegenwärtige russische Regierung ihre Berechtigung und Verpflichtung ableitet für die Sicherung der wirklichen Freiheit und Selbstbestimmung dieser Gebiete bis zum äußersten, d. h. unter Umständen bis zur Fortsetzung des Krieges. Wenn die Tatsache, daß die besetzten Gebiete zum Reiche des früheren russischen Kaiserreiches gehörten, keinerlei Verpflichtungen der Bevölkerung dieser Gebiete gegen die russische Republik begründet, ist nicht ohne weiteres ersichtlich, worauf die russische Republik ihrerseits ihre Rechte und Pflichten gegen diese Bevölkerung gründen will. Stellt man sich aber, wie die russische Delegation dies tut, auf den Standpunkt, daß die russische Republik ein derartiges Recht besitzt, so sind in der Tat der Umfang des Territoriums, die politische Voraussetzung für die Aufhebung des Selbstbestimmungsrechts, das Uebergangsregime und die Form der Willenskundgebung die vier Punkte, über die versucht werden muß, eine Einigung zu erzielen:

Ad 1: Die Behauptung, das Selbstbestimmungsrecht stehe Nationen, und nicht auch Teilen von Nationen zu, entspricht nicht unserer Auffassung des Selbstbestimmungsrechtes. Auch Teile von Nationen können ihre Selbständigkeit und Absonderung rechtmäßig aussprechen. Es ist hierbei keineswegs ausgeschlossen, daß die Okkupationsgrenzen für die Abgrenzung dieser Gebiete ausschlaggebend sein sollen. Kurland, Litauen, Polen bilden auch, historisch angesehen, Einheiten; Deutschland und Oesterreich-Ungarn haben nicht die Absicht, sich die jetzt von ihnen besetzten Gebiete einzuverleiben, und sie beabsichtigen nicht, die fraglichen Gebiete zur Annahme dieser oder jener Staatsform zu nötigen, müssen aber auch den Völkern der besetzten Gebiete das Recht für den Abschluß von Verträgen dieser Art vorbehalten. — Ad 2: Was die Ausführungen hierzu betrifft, so gehen sie an dem grundlegenden Unterschiede vorbei, auf den die verbündeten Delegationen hingewiesen haben. Eine Zurückziehung der Heere ist, solange der Weltkrieg dauert, unmöglich, jedoch anzustreben, falls die militärischen Umstände es gestalten und auf diejenige Zahl zurückzuführen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung und der technischen Betriebe im Lande unbedingt nötig ist. Die Bildung einer nationalen Gendarmerie kann angestrebt werden. Was die Rückkehr der Flüchtlinge und der während des Krieges Evakuierten betrifft, so wird eine wohlwollende Prüfung von Fall zu Fall zugesagt. Diese Frage kann, da sie nicht von ausschlaggebender politischer Bedeutung ist, einer besonderen Kommission überwiesen werden. — Ad 3: Der russische Vorschlag ist in seinen Einzelheiten nicht klar genug und bedarf einer weiteren Aufhellung. Es ist aber ohne weiteres anzunehmen, daß mit der weiter fortschreitenden Annäherung des allgemeinen Friedens den gewählten Vertretern der Bevölkerung des Landes in immer steigendem Umfange die Mitwirkung auch in den Verwaltungsaufgaben eingeräumt werden soll — Ad 4: Die verbündeten Delegationen sind grundsätzlich bereit zuzustimmen, daß ein Volksvotum auf breiter Grundlage Beschlüsse über die staatliche Zugehörigkeit der Gebiete sanktionieren soll. Eine einseitige Festlegung auf ein Referendum erschien unpraktisch, auch ein Votum der auf breiter Grundlage gewählten und ergänzten repräsentativen Körperschaft werde nach Ansicht der verbündeten Delegationen genügen. Es mag darauf hingewiesen werden, daß auch die von der Regierung der Volkskommissare anerkannten Staatsbildungen innerhalb des ehemaligen russischen Kaiserreiches, wie z. B. die Ukraine und Finnland, nicht im Wege eines Referendum, sondern durch Beschlüsse von auf breiter Grundlage gewählten Nationalversammlungen erfolgten.

Von dem Wunsche beseelt, es neuerdings zu versuchen, zu einer Verständigung mit der russischen Regierung zu gelangen, haben die Regierungen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns die so weit gehenden Vorschläge gemacht, fügen jedoch gleichzeitig hinzu, daß sie den äußersten Rahmen bilden, innerhalb dessen wir eine friedliche Verständigung noch erhoffen können. Sie sind bei der Entwickelung dieser Grundsätze ebenso von der pflichtgemäßen Absicht durchdrungen, die eigene Wehrfähigkeit nicht schwächen zu lassen, solange der unselige Krieg noch fortgeht, als auch von der Intention, einige Völker, die an ihr Gebiet angrenzen, instand zu setzen, endgültig selbständig über ihre eigene Zukunft zu entscheiden, ohne dabei in den Zustand der äußersten Not, des Elends und der Verzweiflung zu geraten. Eine Verständigung zwischen Rußland und den Mittelmächten über diese schwierigen Fragen jedoch ist nur dann möglich, wenn auch Rußland den ernstlichen Willen zeigt, zu einer Vereinbarung gelangen zu wollen und wenn es anstatt des Versuches, eigene Diktate aufzustellen, sich bemüht, die Frage auch von der Gegenseite zu betrachten und jenen Weg zu finden, der allein zu einem friedlichen Ergebnis führen kann. Nur unter der Voraussetzung solcher Intentionen kann die Delegation der verbündeten Mächte noch an der Hoffnung einer Beilegung des Konfliktes festhalten.

Trotzki erklärte

hierauf, er hoffe, daß die eben verlesene Antwort der Zentralmächte jeden Fall von Zweifel über die formellen Schwierigkeiten beseitigt habe, die durch die Rede des Generals Hoffmann entstanden wären. Der Herr Staatssekretär habe darauf hingewiesen, daß alle Punkte dieser Verhandlungen aus dem alleinigen politischen Willen der deutschen Regierung herrühren. Solange diese Ansicht von niemandem formell widerlegt sei, sehe die russische Delegation dies als eine formelle Erklärung an. Wenn General Hoffmann darauf hingewiesen habe, daß die russische Regierung sich auf ihre Machtstellung gründet und mit Gewalt vorgehe gegen alle Andersdenkenden, so müsse allerdings bemerkt werden, daß auch die russische Regierung auf ihrer Macht fuße. Er müsse aber auf das entschiedenste dagegen protestieren, daß seine Regierung jeden Andersdenkenden für vogelfrei erklärte. Was die Regierungen anderer Länder bei den Verhandlungen der russischen Regierung abstoße, sei die Richtung, in der sie von ihrer Macht Gebrauch mache und in der sie sich durch nichts beirren lasse. So hätten er und seine Freunde, als die rumänische Regierung ersucht habe, auf russischem Gebiete Gewaltmaßnahmen gegen revolutionäre Soldaten und Arbeiter anzuwenden, der Petersburger Regierung vorgeschlagen, den rumänischen Gesandten, sein ganzes Gesandtschaftspersonal und die rumänische Militärmission zu verhaften, und sie hätten die Antwort erhalten, daß dies bereits geschehen sei. Anschließend daran führte Trotzki u. a. aus: Die beiden Beispiele, die General Hoffmann angeführt hat, charakterisieren in keiner Weise unsere Politik. Der weißrussische Kongreß setzte sich zusammen aus Vertretern der weißrussischen Agrarier und hatte versucht, sich aller derjenigen Stützpunkte zu bemächtigen, die das Eigentum des weißrussischen Volkes sein müssen und wenn er auf Widerstand gestoßen ist, so rührt dieser Widerstand von Soldaten her, unter denen in gleicher Weise Großrussen, Weißrussen und Kleinrussen vertreten waren. Die Konflikte zwischen uns und der Ukraine, die zu meinem Bedauern noch nicht vollständig beseitigt sind, können in keiner Weise das Recht des ukrainischen Volkes auf Selbstbestimmung beschränken.

Herr Trotzki kam hierauf auf das Schicksal der besetzten Gebiete zu sprechen und meinte, aus den bisherigen Aeußerungen der deutschen Vertreter den Schluß ziehen zu können, daß die Entscheidung des Schicksals dieser Gebiete erfolgen solle, ohne Rücksicht darauf, ob das eigene Volk bereits imstande sei, die Entscheidung in die eigene Hand zu nehmen. Der oberste Gerichtshof in Amerika habe seine Rechtsphilosophie sehr häufig geändert, je nachdem es nötig gewesen sei, das Gebiet der Vereinigten Staaten zu erweitern oder nicht. Was die Form der Verhandlungen anbelange, so halte die russische Delegation als notwendig, gerade diejenigen Punkte in den Vordergrund zu stellen, die den Gegenstand der Meinungsverschiedenheiten bilden, und sie mit genügender Entschlossenheit zu betrachten, weil nur in diesem Falle eine gerechte Lösung gefunden werden könne. Der Vorsitzende der deutschen Delegation habe gefragt, aus welcher Quelle die russische Delegation die Berechtigung herleite, sich für das Schicksal der besetzten Länder zu interessieren, aber auch der Herr Staatssekretär habe seine Rechte nicht aus der nackten Tatsache der Besetzung hergeleitet, sondern aus dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, welches er allerdings etwas repressiv interpretiert; dieses Prinzip gelte aber nicht weniger für die russische Delegation.

Staatssekretär Kühlmann antwortete:

Was die Rede des Generals Hoffmann betrifft, so möchte ich sowohl für mich, wie für General Hoffmann ausdrücklich das Recht vorbehalten, auf die Angelegenheit zurückzukommen. Die tatsächliche Zuständigkeit des Deutschen Reiches hat der Herr Vorredner vollkommen richtig charakterisiert. Der Reichskanzler, der einzig verantwortliche Reichsminister, verteilt auf dem gesamten Gebiete der auswärtigen Politik die für seine Organe maßgebenden Instruktionen. Uebrigens ist es bei der engen politischen Uebereinstimmung, in der ich mich mit Herrn General Hoffmann befinde, vollkommen selbstverständlich, daß zwischen unseren Auffassungen keinerlei Zwiespalt besteht. Der grundlegende Unterschied zwischen unserer Auffassung und der der russischen Delegation ist, daß wir im Gegensatz zu ihr auf dem Vorhandenen aufbauen und daß wir es ablehnen, aus reiner Liebedienerei gegen die Theorie für einen luftleeren Raum Platz zu schaffen. Ueberrascht hat mich die geringschätzige Bewertung des Urteils des obersten amerikanischen Gerichtshofes durch Herrn Trotzki. Im übrigen nehme ich mit Befriedigung Notiz von dem Einfluß der Auslassungen des Herrn Vorredners, daß er und seine Delegation nunmehr gesonnen sind, in die wirkliche Diskussion und Klärung der Einzelheiten der uns trennenden Auffassungen einzutreten. Ich schlage vor, uns an die von der russischen Delegation vorgeschlagene Arbeitsmethode zu halten über die vier Punkte, wie sie in die Antwort aufgenommen worden sind, um wirklich in die Detaildiskussion einzutreten. Ich hoffe, daß wir dann in wenigen Tagen so weit sind, zu sagen, ob die Schwierigkeiten überwunden werden können, oder ob der hier gemachte Versuch aufgegeben werden muß.

Herr Trotzki erklärte

hierauf, seines Erachtens könne jetzt zu der Beratung der beiden Antworten, die vorgetragen worden sind, übergegangen werden. Er müsse jedoch nochmals betonen, daß er in der Frage der Zurückziehung der Truppen in keiner Weise der Ansicht der Deutschen beitreten könne, daß angeblich die Entfernung der Besatzungstruppen hinter sich einen leeren Raum zurücklassen würde. Soweit es sich um technische Schwierigkeiten handele, wie das Fehlen der eigenen Eisenbahnen, Post usw., so könne man in solchen Fragen stets zu einer Einigung gelangen, auch ohne Kontrolle von Besatzungstruppen. Demgegenüber weist Herr von Kühlmann darauf hin, daß neben den technischen Gründen auch die Gründe der Sicherheit der betreffenden Gegenden eine sehr gewichtige Rolle spielen. Darauf beantragt Herr von Kühlmann über die von der russischen Delegation selbst vorgeschlagenen vier Punkte in geschäftsmäßige Verhandlungen einzutreten.

Nachdem Trotzki sich diesem Vorschlag angeschlossen hatte, wird die nächste Sitzung für den folgenden Tag 11 Uhr vormittags anberaumt.

Ein offener Brief Lenins.

Die Genfer „Nation" bringt in Nr. 31 einen offenen Brief Lenins an Hermann Fernau, den Herausgeber der „Freien Zeitung". Wir entnehmen der bedeutsamen Auslassung des Maximalistenführers folgende Sätze: „In einem offenen Brief des Genfer „Journals" vom 18. Dezember wollen Sie Widersprüche finden zwischen dem Aufruf der Kommissare des russischen Volks an die Arbeitermassen der kriegführenden Staaten und ihren Verhandlungen mit den deutschen und österreichischen Regierungen oder Militärbehörden. Sie erläutern unseren Satz: „Wir befragen die Völker usw." dahin, daß er bedeute: wir müßten jede Antwort ablehnen von seiten nicht durch das Volk erwählter oder ermächtigter Monarchen, Minister und Diplomaten. Sie belehren mich, es sei nicht das deutsche Volk, sondern sein Kaiser, der über Krieg und Frieden entscheide, das deutsche Volk zähle in solchen Dingen nicht mit. Das alles wußte ich schon. Ich wußte auch, daß dies in sämtlichen kriegführenden Ländern ebenso ist. Es kommt wenig darauf an, ob es dort ein Scheinbild von Wahlen, parlamentarischer Kontrolle usw. gibt oder nicht. Lord Bryce, der sich auskennen muß, schrieb, daß in England, dem Mutterland aller Parlamente, die Geschicke des Landes in Wirklichkeit von einem Dutzend unverantwortlicher Personen gelenkt werden. Das rein monarchische Regiment hat wenigstens den Vorzug der Offenheit. Die Völker antworten uns nicht, weil ihre Regierungen, monarchische, oder schein-demokratische, sie nicht zu Wort kommen lassen. Wir wollen unser Volk retten, welches den Frieden unbedingt nötig hat. Sollen wir, wenn die anderen Völker sich noch weiterhin abschlachten lassen wollen, dasselbe tun aus Solidaritätsgefühl? Fassen wir die Tatsachen ins Auge! Wir brauchen vor allem den Frieden. Wir haben alle Welt eingeladen, ihn zu schließen. Zwei Regierungen gehen darauf ein. Glauben Sie, daß das gegen den Wunsch ihrer Völker ist? Und wenn die anderen Regierungen nichts davon hören wollen, was können wir dabei tun? Sie auffordern, ihre Völker zu fragen oder zur Leitung ihrer eigenen Geschicke einzuladen? Das haben wir ja bereits getan. . . . Was den Krieg angeht, die diplomatischen Verwicklungen, die scheindemokratische Oligarchie —

Sie streiten sich, so heißt's, um Freiheitsrechte;
Genau besehn, sind's Knechte gegen Knechte,

sagt der große Goethe.

Wir haben genug und ziehen uns zurück. Und andere werden es machen wie wir, allmählich, einer nach dem anderen: Rumänien, Portugal, wer dann? . . . . .

Die Petersburger rumänische Gesandtschaft gefangen.

Wie Reuter meldet, enthält auch ein amtliches englisches Telegramm den Bericht, daß der Stab der rumänischen Gesandtschaft verhaftet und in der Peter-Pauls-Festung gefangen gesetzt ist.

Petersburgs elektrische Beleuchtung — Staatseigentum.

(bb) Der „Voss. Zeitung" zufolge beschlagnahmte die russische Regierung den Betrieb der Petersburger Gesellschaft für elektrische Beleuchtung und erklärte ihn als Staatseigentum.

Grausame Offiziersmorde

finden seit mehreren Tagen in Odessa und Sebastopol statt. Die Besatzung des Torpedobootes „Hadji" nahm ohne Grund zuerst die Offiziere fest und führte sie nach dem Gefängnis, aber der Direktor verweigerte ihre Aufnahme, weil kein Haftbefehl vorlag. Die Matrosen führten darauf die Offiziere nach Malachow fort, wo sie erschossen wurden. Gleichzeitig griff eine Matrosenabteilung das Militärgefängnis an, wo seit der Revolution Offiziere verwahrt werden, die damals von den Matrosen verhaftet worden waren. Die Matrosen drangen in das Gefängnis und töteten sämtliche Offiziere und Matrosen. Die Scharen durchzogen darauf die Stadt, massakrierten zufällig vorübergehende Offiziere. Die Gesamtzahl der Getöteten betrug 70, darunter Admiral Nowitzki, Kaskow, Alexandrow und General Ketritz. In Sebastopol herrscht vollständige Anarchie. Grobe Matrosenexzesse werden verübt. 28 tote Offiziere wurden ins Meer geworfen. Nach der Zeitung Echo trugen die Soldaten auf Bajonetten abgeschnittene Offiziersköpfe herum. Die Lage im südrussischen Bürgerkrieg entwickelt sich für die Bolschewiki günstig. Auch in Briansk und Losowaja fanden Gefechte statt.

*

Der Bericht des Grossen Hauptquartiers.

W **Großes Hauptquartier**, 16. Jan. (Mitteilung der obersten Heeresleitung.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz: Bei und südlich von Lens war die Artillerietätigkeit gesteigert. In einzelnen Abschnitten Erkundungsgefechte; südöstlich von Ornes wurden Gefangene gemacht.

Herzog Albrecht: Nach mehrstündiger Feuerwirkung stießen französische Abteilungen nördlich von Badonvillers vor und drangen vorübergehend in unsere vorderen Gräben ein. Eigene Aufklärungstruppen brachten aus den oberen Vogesen Gefangene ein.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front: Im Cernabogen erhöhte Gefechtstätigkeit.

Italienische Front.

Zwischen Brenta und Piave vielfach lebhafte Feuerkämpfe, mit besonderer Heftigkeit im Gebiete des Monte Asolone. Die Italiener haben ihre erfolglosen Angriffe nur südlich vom Monte Fontane Secca wiederholt; sie wurden abgewiesen. Im Piaveabschnitt nördlich von Montello verstärkte sich das Artilleriefeuer.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Abendbericht: Am Westhange des Monte Pertica scheiterten gestern nachmittag mehrfache Angriffe der Italiener. — Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

(Amtliche Meldung vom 16. Januar.)

Auf der Hochfläche von Asiago wurde ein feindlicher Vorstoß westlich von Col del Rosso abgewiesen. An der Brenta setzte der Italiener seine vergeblichen Angriffe erst in den Nachmittagsstunden fort. Am Westhange des Monte Pertica stürmte der Gegner dreimal gegen unsere Linien; jedesmal brach sein Ansturm bereits in unserem Artillerie- und Maschinengewehrfeuer unter schweren Verlusten zusammen. Südlich des Monte Fontana Secci wurden die feindlichen Angriffsversuche im Keime erstickt. An der unteren Piave vielfach lebhafte Artilleriekämpfe.

Der französische Bericht.

Amtlicher Bericht vom 15. Januar, 3 Uhr nachmittags. Auf dem rechten Ufer der Maas heftige Artillerietätigkeit gegen Ende der Nacht und auf der Front Beaumont—Caurieresgehölz. Im Elsaß haben unsre Patrouillen Gefangene eingebracht. Ueberall sonst ruhige Nacht. — Der Bericht vom Abend. Auf dem rechten Maasufer griffen die Deutschen unsre Abteilungen im Chaumegehölz auf einer Front von etwa 200 Metern an. Der in unserm Feuer gebrochene Angriff wurde zerstreut. Einige feindliche Abteilungen, denen es gelungen war, in einem vorgeschobenen Grabenstück Fuß zu fassen, wurden alsbald wieder vertrieben. In Lothringen gelang unsern Truppen ein Einbruch in die feindlichen Linien in der Gegend von Badonviller, sie brachten 20 Gefangene zurück. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

Das Wirtschaftsabkommen zwischen der Schweiz und Frankreich.

(W) Die Schweizerische Depeschenagentur teilt mit: Ueber das am 29. Dezember ausgeschlossene und vom Bundesrat genehmigte Wirtschaftsabkommen mit Frankreich macht das Volkswirtschaftsdepartement folgende Mitteilungen: Die Schweiz übernimmt durch dieses Abkommen die Verpflichtung, eine zu bildende schweizerische Finanzorganisation zur Gewährung monatlicher Vorschüsse an ein französisches Bankenkonsortium zu ermächtigen. Die Vorschüsse werden gegen Hinterlegung von Wertschriften und gegen Ausstellung von dreimonatigen Wechseln gewährt, welche zwei erstklassige französische Unterschriften tragen. Die Rückzahlung des Vorschusses hat spätestens in 3 Jahren zu erfolgen. Ein Teil des Kredits ist als Gegenleistung für die Einfuhrbewilligung gewisser schweizerischer Industrieerzeugnisse nach Frankreich anzusehen. Hierunter fallen namentlich die Erzeugnisse der Uhren-, Bijouterie-, Stickerei- und Textilindustrie. Die monatliche Kreditsumme, die behufs Erleichterung der schweizerischen Einfuhr Frankreich zugestanden wurde, beträgt 2½ Millionen Franken. Im übrigen ist die Höhe des Monatskredits ähnlich wie die im Kohlenabkommen mit Deutschland bestimmte, abhängig von der Menge der aus und durch Frankreich in die Schweiz eingeführten Waren. Eine gewisse Einfuhr, ungefähr das Drittel der durchschnittlich in Betracht kommenden Menge bleibt kreditfrei. Für weitere Mengen werden Kredite gewährt, die mit der Zunahme der Einfuhr nach einer bestimmten Skala progressiv ansteigen. Treffen somit die für die Schweiz notwendigen Waren nicht ein, so hat diese auch entsprechend kleinere Kredite zu gewähren. Frankreich verpflichtet sich, der Schweiz eine gewisse Erleichterung auf wirtschaftlichem Gebiete, und zwar in erster Linie für die Versorgung mit Lebensmitteln und Rohstoffen zu gewähren, und daneben bestimmte Waren, die z. B. für die schweizerischen landwirtschaftlichen Erzeugnisse notwendigen Sämereien zu liefern. Ist die Zufuhr befriedigend, darf sich der gesamte Monatskredit, der seitens der Schweiz an das französische Konsortium zu leisten ist, auf 12½ Millionen Franken ungefähr belaufen. Mit höheren Einfuhrziffern kann kaum gerechnet werden, im Gegenteil steht zu befürchten, daß sich die Einfuhr unter den Ziffern halten wird.

*

21000 Tonnen versenkt.

(W) Amtlich wird gemeldet: Starker, mit allen Mitteln ausgeführter Gegenwehr zum Trotz fielen auf den nördlichen Kriegsschauplätzen unseren U-Booten wiederum 21000 Bruttoregistertonnen Handelsschiffsraum zum Opfer. Hierbei wurde ein englischer Dampfer von rund 4000 Tonnen in geschickt durchgeführtem Angriff aus besonders starker Fischdampfersicherung herausgeschossen. Die Mehrzahl der Schiffe war schwer beladen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Ein Streifzug durch die Nordsee.

(W) Amtlich wird gemeldet: In der Nacht vom 14. zum 15. 1. unternahmen leichte deutsche Seestreitkräfte einen Streifzug durch die südliche Nordsee. Sie trafen weder feindliche Kriegsschiffe, noch Handelsfahrzeuge an, trotzdem sie nördlich der Themse bis dicht unter die englische Küste vorstießen. Dort nahmen sie wichtige Hafenanlagen auf nächste Entfernung, bei guter Beobachtung mit über 300 Schuß unter wirksames Artilleriefeuer.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die Verluste der englischen Kriegsflotte.

(bb) Wie dem „Lokalanzeiger" von der schweizerischen Grenze gemeldet wird, erfährt das „Berner Tagblatt" aus London: Der Flottenkorrespondent der „Daily News" beziffert die Verluste der Kriegsflotte im Jahre 1917 auf 33 Einheiten. Im letzten Quartal waren die Verluste dreimal so groß, wie im ersten. Die starke Steigerung wird auf die Geleitzüge und andere Schiffe zurückgeführt, die durch viele Kriegsschiffe geschützt werden müssen. Infolgedessen seien die letzteren einer erhöhten Gefahr ausgesetzt.

*

England vor neuen Anstrengungen.

(bb) Reuter meldet aus London: Im Unterhause gab Sir Ouceland Geddes, Direktor des nationalen Dienstes, eine längere Erklärung ab über die Frage des Mannschaftsersatzes. Er sagte u. a.: Heute steht die Frage der Sicherung der notwendigen Mannschaftsergänzung für das Heer natürlich an erster Stelle. Wir wünschen alles für die Zeit vorzubereiten, in der wir den schwersten Anforderungen gerecht werden müssen. Ich glaube, daß wir diesen Zeitpunkt in nicht allzu ferner Frist erreicht haben werden. Ich habe schwarz auf weiß Belege dafür, daß es mit der freiwilligen Werbung außerordentlich schlecht steht, und daß die Heere an der Front durch Mangel an Nachschub geschwächt sind. Dabei hat Englands Anteil an den gemeinsamen Anstrengungen im Rahmen der Entente mit der Zeit immer größere Bedeutung gewonnen. Rußland kämpft nicht mehr für die Freiheit, Frankreich hat seine volle Kraft in den Kampf geworfen und kann für unbestimmte Zeit diese volle Last nicht mehr auf sich nehmen. Amerika ist noch nicht auf dem Plan erschienen und es werden noch Monate vergehen, bis es die Aufstellung eines Heeres beendigt hat. Italien hat einen starken Schlag erhalten. Von Großbritannien und von der Fähigkeit, wie es in den folgenden Monaten sein Menschenmaterial verwenden wird, hängt alles ab, und es ist klar, daß wir uns darauf vorbereiten müssen, solange Amerikas Heere noch nicht eingreifen, auf dem Schlachtfelde eine größere Rolle zu spielen als bisher. Das bedeutet: neue Mannschaften und abermals neue Mannschaften. Die Regierung hat in großen Umrissen und auch in den Einzelheiten die Stärke, den Charakter und die Zusammensetzung der Streitkräfte unseres Landes, unserer Verbündeten und unserer Feinde geprüft, und zwar in dem Augenblick, als die jetzige Entwickelung der Dinge an der Ostfront eingetreten war. Die Ergebnisse sind nicht unbefriedigend. Wenn man Rußland und Rumänien völlig ausschaltet, sind wir immer noch mit unseren Verbündeten den Heeren der Mittelmächte überlegen. Aber man muß bedenken, daß bei dem Feinde eine größere Einheitlichkeit besteht, namentlich hinsichtlich des Oberbefehls. Der Feind verfügt über eine innere Linie und über gute Eisenbahnen. Er ist in dieser Hinsicht den Verbündeten zweifellos überlegen. Geddes erklärte dann, daß die britische Mindestaltersgrenze für den Dienst über See auf 19 Jahre festgesetzt worden sei, die französische Altersgrenze für Dienst im Felde ebenfalls auf 19 Jahre, die amerikanische Altersgrenze auf 21 Jahre. Er behandelte im weiteren Verlaufe seiner Rede die Lage an der Ostfront. Man müsse damit rechnen, daß der Feind einen beträchtlichen Teil seiner dortigen Streitkräfte nach der italienischen und noch der Westfront hinüberbringen werde, wobei ihn seine Verbündeten unterstützen würden. Wenn man alle diese Tatsachen berücksichtigt, dann brauchte die Entente einschließlich Italien eine Ergänzung des Mannschaftsmaterials von etwa 1 600 000 Mann. Wenn Rußland der Entente treu geblieben wäre, dann würde es nicht allein seine Ziele verwirklicht haben, sondern es würde auch mitgeholfen haben, einen allgemeinen Sieg über die Mittelmächte herbeizuführen. Trotzdem sei auch jetzt noch der siegreiche Ausgang des Krieges gewiß. Nur ein Unglück, ein Zusammenbruch psychologischer Art in England oder bei einem seiner Verbündeten, wie es in Rußland geschehen ist, könnte die Mittelmächte retten. Geddes führte dann weiter aus, er könne natürlich nicht die genaue Zahl der britischen Truppen im Felde und ihre Reserven und diejenigen der Verbündeten angeben, aber er könne dem Hause versichern, daß die Heere der Verbündeten der Zahl und auch dem Werte nach den Vergleich mit dem Heere der Feinde aushalten könnten. Die britische Flotte zähle gegenwärtig über 400 000 Mann und das britische Heer über 4 Millionen Mann; wenn man aber die Verluste berücksichtige, könne man sagen, daß die Anspannung, die das britische Volk in diesem Kriege auf sich genommen hatte, in einer Zahl von nicht weniger als 7 Millionen 500 000 Mann zum Ausdruck käme. Hierbei sei unberücksichtigt die Anstrengung zur Herstellung von Kriegsfahrzeugen, Handelsdampfern bezüglich des Luftdienstes, der stark zugenommenen Erzeugung der Nahrungsmittel und industriellen Erzeugnisse und sonstigen Artikel, mit denen England seine Verbündeten versorgt habe. Ebenfalls unberücksichtigt blieb aber dabei der große Bestand der Seeleute auf Fischdampfern und der ganzen Handelsmarine; aber wenn man den Flotten- und den Luftdienst noch weiter auszudehnen und die Heere an der Front in der alten Stärke zu erhalten wünsche, sei es notwendig, sofort 400 000 bis 450 000 neue Mannschaften einzuziehen. Das sei das absolute Mindestmaß. Die militärische Lage werde später im Jahre 1918 die Einziehung einer noch größeren Anzahl von Mannschaften notwendig machen, aber gleichzeitig werde man von der Front Mannschaften zurückziehen, so daß die Industrie viel weniger Arbeitskräfte verlieren würde, als es jetzt den Anschein habe. Die Regierung habe sich entschlossen, die Altersgrenze nicht zu verändern und auch nicht die Wehrpflicht auf Irland auszudehnen. Bezugnehmend auf die Besprechung mit den Gewerkschaften sagte Geddes, er wünsche die Gelegenheit zu benutzen, um seine Hochachtung vor dem Geiste zu bekunden, der die Führer der englischen Arbeiterschaft beseele. Er hoffe, daß in den übrigen Kreisen der englischen Arbeiterschaft derselbe Geist herrsche. Dann kündigte er eine Vorlage an, welche bezwecke, innerhalb der Grenzen der Möglichkeit die gleiche Behandlung hinsichtlich der Opfer herbeizuführen. Zur Zeit sei noch eine Million Mann zurückgestellt. Die Regierung ersuche um die Ermächtigung, jegliche Freistellung rückgängig machen zu können. Der Vorschlag wurde schließlich einstimmig angenommen.

Zwei Jahre englischer Wehrpflicht.

(o) Das englische Wehrpflichtgesetz ist jetzt zwei Jahre lang in Geltung. Lange hatte es gedauert, bis man sich auf das in Kraft befindliche Gesetz einigte. Das seinerzeit gegebene Versprechen, die Wehrpflicht nur für die Kriegszeit beizubehalten, wird sich nach den Erfahrungen, die England sammelte, kaum aufrecht erhalten lassen. Nach dem im Anfang Januar erlassenen und heute noch giltigen Gesetze wurde die Dienstzeit vom 19. bis zum 41. Lebensjahre festgelegt, für die Verheirateten mit Kindern manche Erleichterung gewährt, der Arbeit für Rüstungs- und Heimatszwecke ein großes Zugeständnis gemacht. Sehnsuchtsvoll wartete Frankreich, damals durch den deutschen Angriff auf Verdun besonders bedroht, auf das neue englische Millionenheer, dessen Gesamtmacht bereits auf 5 Millionen Mann berechnet wurde — natürlich eine Zahl, die sich bei stärkster Abrundung nach oben unter Zuhilfenahme aller Kriegsschauplätze und sämtlicher Abgaben hinter der Front vielleicht ergeben kann. Immerhin muß man es den Engländern lassen, daß der Lord neben den Grubenarbeiter, der Mann aus der Handelsstube neben den Lastträger vom Hafen in den Schützengraben getreten ist. Das ist für den Engländer etwas ganz außerordentliches, so wenig als es uns Deutsche wundert, die wir die ausgleichende und erziehende Macht der allgemeinen Wehrpflicht als etwas Selbstverständliches ansehen.

Das vor zwei Jahren erlassene Wehrgesetz genügt heute nicht mehr. Es werden eine Million Mann englischer Truppen an der französisch-flandrischen Front für notwendig erklärt. Diese neue Million soll solange ausreichen, bis die amerikanische Hilfe da sein kann. Daher schlägt der neue Gesetzentwurf vor, die allgemeine Wehrpflicht unter folgenden Gesichtspunkten zu erweitern: 1. Ausdehnung des englischen Gesetzes auf Irland unter Fortfall jeder Einschränkung zugunsten Irlands; 2. Heraufsetzung der Dienstpflicht bis zum 50. Lebensjahr; 3. Aushebung der Achtzehnjährigen; 4. Aufhebung aller Dienstbefreiungen der Verheirateten; 5. Nochmalige Sichtung der Rüstungsarbeiter zur Verwendung an der Front.

Es ist nach Ansicht des Oberst Immanuel anzunehmen, daß mit Hilfe dieser Maßnahmen, deren Durchführung trotz der Gegenströmungen in den Arbeiterkreisen sicher sein dürfe, die Vermehrung des Feldheeres um eine Million ermöglicht werden kann. Demgegenüber aber erhebt sich die Frage, wann sollen denn diese Truppen fertig sein?

Die neue englische Heeresvorlage

wurde vom Unterhause einstimmig angenommen. Von dem neuen Gesetz, das als erste Antwort auf die sogenannte „deutsch-österreichische Drohung" an der Westfront gedacht ist, werden in erster Linie die Arbeiter in den Fabriken der Kriegsindustrie betroffen. Auch ist das Dienstalter bis zum 50. Lebensjahre hinaufgesetzt. Im Dezember vorigen Jahres wurde erst ein Gesetz zur Verstärkung der Flotte um 50 000 Mann angenommen.

*

Neue Teuerungskrawalle in Spanien.

(TU) Nach einer Madrider Havasmeldung nehmen dort die Ausschreitungen infolge der Lebensmittelteuerung beunruhigende Formen an. Telegramme aus Santander, Malaga, Valencia und Barzelona melden Kundgebungen ausschließlich von Frauen. In Barcelona wurden etwa 30 Frauen beim Einsturz der Präfektur, die von der Menge gestürmt wurde, verwundet. In Santander kam es zu Zusammenstößen zwischen Frauen und der Polizei. In Malaga bewarfen Frauen die städtischen Gebäude mit Steinen. Die städtischen Bureaus mußten geschlossen werden. Die Regierung hofft, durch Truppen-Aufgebote der Lage Herr zu werden.

Die Lage der Deutschen in Uruguay.

(bb) Ueber die Lage der Deutschen in Uruguay schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung". Den mit der Vertretung der deutschen Interessen in Uruguay beauftragten schweizerischen Gesandten in Buenos Aires hat die Regierung der uruguayschen Republik in Montevideo auf eine Anfrage mitgeteilt, daß die im dortigen Staatsgebiet lebenden Deutschen keinerlei Belästigungen zu befürchten haben, sich vielmehr hinsichtlich ihrer Person und ihres Eigentums aller verfassungsmäßig gewährleisteten Sicherheiten erfreuen, wie alle Einwohner des Landes. Sie fügte hinzu, daß die an verschiedenen Unterrichtsanstalten beschäftigten deutschen Lehrer auf ihren Posten in der Voraussetzung belassen würden, daß sie nicht durch ein den Landesinteressen zuwiderlaufendes Verhalten zu anderer Maßnahmen Veranlassung geben.

Kleine Kriegsnachrichten.

Der Reichskanzler hat gestern in Gegenwart des Ministers des Innern einige Herren aus der Provinz Posen empfangen, die ihm Ansichten und Wünsche der deutschen Kreise der Ostmark zur Polenpolitik vortrugen.

Als Lenin Dienstag eine Abteilung der Roten Garde, die zur Front abging, begleitet hatte und im Auto zurückkehrte, wurden auf ihn mehrere Revolverschüsse ohne Erfolg abgefeuert.

Wie Reuter aus Petersburg meldet, ist der rumänische Gesandte Diamandin wieder in Freiheit gesetzt worden.

Die „Frankf. Ztg." meldet aus Basel: Eine von der „Neuen Korrespondenz" wiedergegebene Depesche aus Rom meldet, daß die Zarin in ihrem Exil in Tobolsk geisteskrank geworden sei.

Comby, der in die Angelegenheit Caillaux verwickelt ist, wurde am Dienstag verhaftet.

*

Abgeordnetenhaus.

(Sitzung vom 17. Januar.)

Auf der Tagesordnung steht die Einbringung des Staatshaushaltsplanes für 1918.

Finanzminister Hergt:

Trotz der innerpolitischen Erschütterungen haben wir das Gefühl der Erleichterung in dem Bewußtsein, daß wir wirtschaftlich durchhalten können, wenn auch Teuerung und Lebensmittelknappheit zunehmen sollten. Unter den Kriegsverhältnissen hat auch die allgemeine Volksmoral gelitten. Aber was will das bedeuten, wenn wir an unsere glänzende militärische Lage denken, die durch die unvergleichlichen Ruhmestaten unseres Heeres und unserer Flotte geschaffen ist. Das Blättlein hat sich für uns gewendet, seitdem den Russen der Atem ausgegangen ist, nachdem sie das Vertrauen zu ihren Waffen verloren haben. Von welch geschichtlicher Bedeutung sind die Sonderfriedensverhandlungen mit Rußland, wenn sich auch mancherlei Hindernisse uns entgegenstellen. Der Friede ist auf dem Marsche und wird im Marsche bleiben, und je länger sich die Westmächte sträuben, umso günstiger werden sich die Friedensbedingungen gestalten. (Lebhaftes Bravo!) Unsere Selbstversorgung werden wir weiter ausbauen. Wir brauchen nicht von der Höhe der Kriegslasten zu erschrecken, wenn unsere Kriegsanleihen im Lande bleiben. Wenn es uns besser geht, so geht es unsern Feinden schlechter. Zu der Schiffsraumnot gesellt sich mehr und mehr die Kapitalnot. Unsere Gegner werden uns kommen müssen, und dann wird ihr Angebot wesentlich anders lauten, als es jetzt in ihrer lächerlichen Ueberhebung aussprechen. Die Neutralen haben ein feines Gefühl dafür, wohin die Wage sich neigt. Deutschlands Kriegsanleihen werden im neutralen Auslande beliebte Anlagepapiere. Der Krieg vermindert unser Volksvermögen nicht. Durch Erschließung neuer Einnahmequellen wird es uns gelingen, die Kriegsschäden abzubauen. Der Etat für 1918 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 6,5 Milliarden Mark, das sind 1 Millionen Mark mehr als im Laufe des Etats. Der neue Etat weist ein hohes Maß von Leistungen auf. Die Steuerzuschläge werden wieder erhoben werden müssen. Durch eine gesunde Finanzgebarung werden wir über die Schwierigkeiten hinwegkommen. (Lebh. Beifall.)

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Ermächtigung des Staatsministeriums zu Maßnahmen betreffend die Vereinfachung der Verwaltung. — Die Kommission beantragt, den Gesetzentwurf abzulehnen, dagegen den von den Kommissionen vorgelegten Entwurf eines Kriegsgesetzes zur Vereinfachung der Verwaltung nach den Vorschlägen des Ministeriums des Innern anzunehmen. — Mit der Annahme eines konservativen Antrags, wonach das Ueberschreiten von 150 Prozent die Genehmigung der Aufsichtsbehörde nur dann erfordert, wenn der bisherige Steuersatz der Gemeinden überschritten werden sollte, werden die Kommissionsbeschlüsse ohne wesentliche Abänderung angenommen.

Die Beratung des Antrages Aronsohn (Vp.) auf Zulassung von Frauen zu städtischen Verwaltungsdeputationen und zu Stiftungsvorständen wird fortgesetzt und der Antrag der Kommission, wonach Frauen zu Mitgliedern städtischer Verwaltungsdeputationen, der sozialen Fürsorge und Wohlfahrtspflege berufen werden können, angenommen, jedoch so, daß sie Mitglieder von Schulkommissionen werden dürfen.

Nach Erledigung einer Reihe von Petitionen vertagt sich das Haus auf Sonnabend.

Westfalen u. Rheinland.

Kamen, 17. Jan. **(Verschiedenes.)** In einem kürzlich verhandelten Streitfall hat das Reichsgericht in Uebereinstimmung mit dem Oberlandesgericht Hamburg angenommen, daß bei **Lieferungsverträgen** die Klausel „kriegsüblicher Vorbehalt" wegen ihrer zu allgemeinen Fassung inhaltslos ist und keine rechtliche Bedeutung hat; sie kann deshalb den Verkäufer nicht ohne weiteres befreien, wenn ihm die Lieferung der verkauften Ware nicht möglich ist.

*

2 Millionen Zentner Zucker auf der langen Bank.

Dem Fachblatt Deutsche Feinkost entnehmen wir folgende Mitteilung, die zweifellos wieder mal ein sonderbares Licht auf gewisse Berliner Organisationstalente wirft:

„Damit wir nicht übermütig werden, hat die Reichszuckerstelle 2 Millionen Zentner Rohzucker der letzten Kampagne zurückgehalten. Wir wären in der Lage gewesen, mehr Obst zu konservieren; es fehlte uns an Zucker, und wir gaben uns der Meinung hin, es sei nicht mehr da. Es gab keinen Süßstoff, es fehlte an Fett, die Kinder und Säuglinge bekamen nicht genügend Milch. Zucker wäre eine Aushilfe gewesen, aber die Reichsstelle stapelte Zucker auf. Damit nun die Fabriken keine Not leiden, soll ihnen für die aufgehäufte Ware eine Verzinsung von 6 Prozent gewährt werden. Man verlangt, nachdem diese Lagerbestände bekannt werden und die Zuckerrübenernte für die gegenwärtige Kampagne eine gute Ausbeute verspricht, die Herausgabe des Zuckers. Aber eine vorsichtige Verwaltung erklärt, es handelt sich um Rohzucker, raffiniert könne er nicht werden, da den Raffinerien Kohlen fehlen. Warum sind diese Zuckermengen nicht im Sommer, wo der Kohlenmangel weniger erheblich war, raffiniert worden? Und sollte es wirklich jetzt nicht möglich sein, für ein so wichtiges Nährmittel die Kohlen bereit zu stellen? Nicht genug damit, es wird bereits in Aussicht genommen, daß die künftige Ernte an Rüben nicht restlos auf Zucker verarbeitet wird. Es fehle an Arbeitskräften und an Kohle. Also das Kriegsernährungsamt bemühte sich im Vorjahre, den Rübenpreis von 1,80 M. auf 2,50 M. zu erhöhen, um die Produktion zu fördern; nun aber sollen die Rüben teilweise verfüttert werden! Wir fragen, welche Interessenten stecken hinter diesen Plänen? Nun, das Bestreben nach Preiserhöhung findet verständnisvolles Eingehen. Schon fragt man sich wieder, ob nicht die Rübenpreise weiter erhöht werden sollen, obwohl erst gegenwärtig der Zuckerpreis im Kleinhandel um 10 bis 15 Pf. das Pfund heraufgesetzt wird. Bei einer Ernte von ungefähr 9 500 000 Tonnen Rüben, für die in Friedenszeiten pro Zentner 80 Pf. bis 1 M. gezahlt wurden, erzielen die Rübenbauern bei dem gegenwärtigen Preis von 2,50 M. ein Mehr von 285 Millionen Mark; ganz abgesehen von der höheren Verwertung der Schnitzel- und Rübenblätter. Die Geschäftsabschlüsse der Zuckerfabriken sind glänzend. Trotzdem berechnet bei der Preisfestsetzung für Rohzucker die Reichszuckerstelle den Fabriken 1,80 M. pro Zentner mehr für Verarbeitung."

*

Gegen die herrschende Papiernot erhoben die Vereine der Buchdruckergehilfen und der Buchdruckerei nahestehenden Gewerbe in zahlreichen stark besuchten Versammlungen Protest. Die Berichterstatter in den Versammlungen betonten, daß nicht nur die Zeitungen, sondern auch die andern Druckereibetriebe unter der Papiernot litten. Sie würden von der Reichsregierung und dem Kriegswirtschaftsamt mit Versprechungen abgespeist, die immer nur Versprechungen blieben. Der Tarifausschuß habe bereits vor zweieinhalb Monaten eine Bittschrift an den Reichskanzler gerichtet, daß eine bessere Regelung getroffen werde; bisher sei noch keine Antwort erfolgt. Die Reichsregierung habe dafür zu sorgen, daß alle diejenigen, welche an der Erhaltung des Reiches mitzuwirken berufen seien, auch ihrerseits durch das Reich vor dem Untergang geschützt sein müßten. Vor allem wurde von den Rednern aber auf die Folgen der Papiernot für die Zeitungen hingewiesen, deren Lebensinteressen auf das schwerste geschädigt seien. Nicht nur, daß die Zeitungen Anzeigen in großem Umfange ablehnen mußten, weil ihnen das Papier nicht zur Verfügung stand, sind die Dinge schon soweit gediehen, daß sich die Zeitungen gegen die Zunahme von Abonnenten wehren mußten. Durch die Beschränkung des Raumes für den textlichen Teil der Zeitungen ist, wie der Redner ausführte, eine geistige Unterernährung eingetreten, die sich auf allen Gebieten des Lebens schwer geltend macht. Auch der Warenmarkt leidet darunter, daß das Anzeigenwesen eine so starke Abschnürung infolge des Papiermangels hat erfahren müssen. So haben zahlreiche Zeitschriften, die der Warenvermittlung dienten, bereits ihr Erscheinen einstellen müssen. Die bisherigen Verfügungen und die Maßnahmen der eingesetzten zahlreichen Kommissionen und Gesellschaften hätten zu einem ausreichenden Ergebnis nicht geführt. Spötter seien der Meinung, daß diese Kommissionen und Gesellschaften bisher mehr Papier verbraucht, als geschafft hätten. Als Ursachen für den Papiermangel kommen die stark verminderte Erzeugung, die erschwerte Verteilung und der gestiegene Bedarf in Frage. Ist doch das Papier im Kriege der Ersatz für Baumwolle und andere Stoffe geworden, und findet auf Gebieten Verwendung, an die vorher niemand dachte. Die Regierung müsse durch Sicherstellung der Rohstoffe die Erzeugung von Papier fördern. Gegen die Wucherpreise auf dem Markte für Akzidenz- und Wertpapiere wurde die Festsetzung von Höchstpreisen gefordert.

Asseln, 16. Jan. **(Diebstähle.)** In der Nacht zum 9. ds. Mts. wurde der hier Kurlerstraße 257 wohnenden Witwe Schorlemmer aus der verschlossenen Stallung durch Einbruch ein Schwein im Gewicht von ungefähr 80 Pfd. gestohlen. — Dem Arbeiter Erich Wagner in Grevel, Stuckenrodt 43 wohnhaft, wurde in der vergangenen Nacht durch Einbruch aus der verschlossenen Stallung eine trächtige Ziege gestohlen.

*

Aufklärungswoche im Regierungsbezirk Arnsberg.

Dortmund, 16. Jan. Die Aufklärungswoche im Regierungsbezirk Arnsberg wurde gestern vormittag, wie die „Rh.-Westf. Ztg." meldet, durch eine Ansprache des Regierungspräsidenten von Bake im hiesigen alten Rathaussaal eröffnet. In seinen Ausführungen gedachte er der Heldentaten unserer unvergleichlichen Truppen, sprach die Hoffnung auf einen baldigen Frieden aus, lobte die treue Pflichterfüllung der Arbeiter und der Landwirtschaft, die beide zu ihren Teilen die Pläne unserer Feinde zunichte gemacht hätten. Die Aufklärungswoche solle dazu dienen, schiefe Ansichten und berechtigte Vorwürfe, die die Arbeiterschaft über die Landwirtschaft gefaßt habe, und gegen sie erhebe, wie das auch umgekehrt der Fall sei, richtig zu stellen und gegenseitiges Verständnis zu vermitteln. In Verbindung mit der Schilderung der Ernährungsverhältnisse im Regierungsbezirk Arnsberg erwähnte der Redner, daß in Aussicht genommen sei, im Frühjahr den Rüstungsarbeitern eine Kartoffelzulage von 3 Pfund zu geben, wenn es die Vorräte gestatten. Der Redner wandte sich schließlich gegen den Schleichhandel, ein Uebel, das das Vaterland in ärgste Gefahr zu bringen droht. Hoffentlich gelinge es, ihn zu unterdrücken. Auch die großen Werke, die, gedrängt von ihren Arbeitern, sich im Schleichhandel allerlei Waren zu jedem Preis oder gegen Lieferung von Ammoniak und Thomasmehl verschafften, möchten hiervon Abstand nehmen. Ein Vertreter des Staatskommissars für Volksernährung knüpfte hieran Mitteilungen über Maßnahmen der Zentralbehörde hinsichtlich der Volksernährung. Es werde erwogen, die mangelhafte Milchversorgung des Industriebezirkes möglichst zu verbessern, vielleicht durch die Zuweisung von Lieferungsbezirken. Das Kriegsernährungsamt sehe sich veranlaßt, scharfe Maßnahmen zur Erfassung des Brotgetreides und zur Abnahme der Schweine zu treffen. Wenn auch die Ernte gegen das vorige Jahr sehr zurückgeblieben sei, werde man voraussichtlich doch gut durchhalten. Die in Aussicht genommenen Maßnahmen gegen den Schleichhandel, der die ganzen Ernährungsmaßnahmen zu durchkreuzen drohe, würden hoffentlich helfen. Es werde Vorsorge getroffen, daß die industriellen Arbeiter auskömmlich beliefert würden. Den ersten Vortrag hielt Direktor Springorum über die vaterländische und wirtschaftliche Bedeutung der rheinisch-westfälischen Industrie. Zu einer siegreichen Beendigung des Krieges sei es nötig, den Rüstungsarbeitern die erforderliche Nahrung zu liefern, und sich das für die Zukunft Deutschlands bedeutungsvolle Erzbecken von Longwy und Briey zu sichern. Dann sprach der Reichstagsabgeordnete König über die Lage der arbeitenden Bevölkerung des Industriebezirks und kam auf die unrichtige Darstellung von den Lohnsteigerungen und auf den Schleichhandel zurück. Der Arbeiter müsse hinreichende und kräftige Nahrung erhalten, wenn er, wie er es bisher willig getan, seine schwere Arbeit weiter verrichten und nicht zum Schaden des Vaterlandes frühzeitigem Siechtum verfallen soll. Im übrigen zollte er den großen Werken des Industriegebietes für ihre Leistungen hinsichtlich der Arbeiterfürsorge volle Anerkennung. Das Mittagessen nahmen die Teilnehmer der Aufklärungswoche in den Kriegsküchen ein, nachmittags wurden gruppenweise die Industriebetriebe der Stadt Dortmund besichtigt. Heute sollen die Bergwerke in den Kreisen Bochum, Dortmund, Gelsenkirchen und Herne besucht werden.

*

Dortmund, 16. Jan. **(Ertappte Schleichhändler.)** In voriger Woche wurde vom hiesigen Eilgutbahnhof eine Fuhre Kisten abgefahren, deren Inhalt unter falscher Angabe aufgegeben war. Es wurde versucht, die Kisten, die Mehl, feinste Stärke und andere Artikel des täglichen Gebrauchs enthielten, in Dortmund unterzubringen, und als dies nicht glückte oder zu gefährlich schien, ging der Transport nach Castrop, wo die Waren durch die Polizei beschlagnahmt wurden. Als Vermittler bezw. Eigentümer der Waren wurde der in Castrop wohnhafte Dachdecker Johann Stelmaszyk und der Dachdecker Franz Rauh, Unionvorstadt in Dortmund wohnhaft, ermittelt und festgenommen. Insgesamt waren es 30 Zentner Lebensmittel, die auf Schleichwegen für schweres Geld abgestoßen werden sollten. Ferner wurden am Montag mehr als 6 Zentner Lebensmittel, die an die Adresse des Rauh gingen und fälschlich deklariert waren, beschlagnahmt. Die Behörde untersucht natürlich jetzt, wo die Schieber sitzen, welche die Waren nach Dortmund aufgegeben haben. Interessant ist übrigens, daß Stelmaszyk den Schleichhandel schon längere Zeit betrieben haben muß und vor einigen Wochen dieserhalb in Koschmin festgenommen wurde, aber gegen eine Kaution von 50 000 Mark wieder auf freien Fuß gesetzt worden ist. Da er jetzt für seine Haftentlassung denselben hohen Betrag angeboten haben soll, dürfte klar sein, welch ungeheueren Beträge auf dem Wege des Schleichhandels verdient werden. Vorläufig sitzen beide noch in Haft.

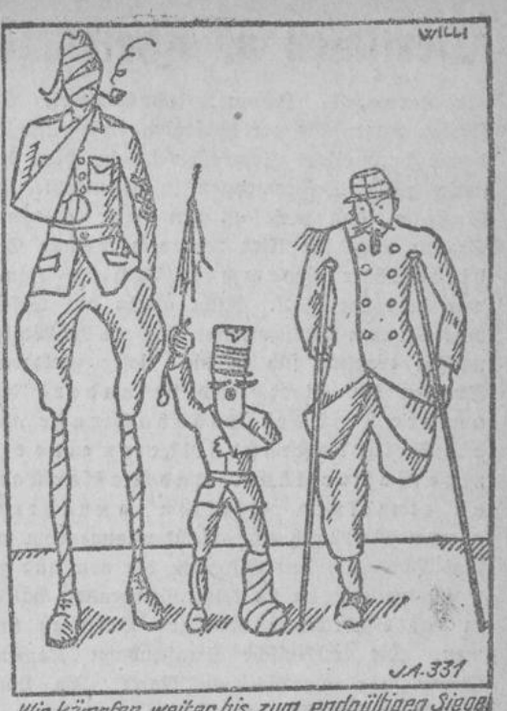
Plettenberg, 16. Jan. **Ein bedauerlicher Unglücksfall** ereignete sich im benachbarten Rönkhausen. Der von Allendorf kommende Postschlitten schlug, durch das Glatteis ins Rutschen gekommen, an der Straßenbiegung beim dortigen Postgebäude um. Er war vollbesetzt. Die Insassen wurden herausgeschleudert und erlitten sehr schwere Verletzungen, z. B. Schädelbrüche und schwere Beschädigungen am Kopfe.

Gelsenkirchen, 16. Jan. **Für 24 000 Mark Lebensmittel** wurden kürzlich nachts aus dem Lager der Einkaufsvereinigung im nahen Katernberg gestohlen. Einen weiteren Teil der Vorräte hatten die Täter nach Diebesart besudelt und ungenießbar gemacht. Die Diebe wurden bereits ermittelt und festgenommen, ein großer Teil der gestohlenen Waren konnte wieder herbeigeschafft werden.

„—" Hamborn, 16. Jan. **(Vier Arbeiter verbrannt.)** Auf der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser" stürzte eine mit glühendem Stahl gefüllte Pfanne ab, wobei vier Gießereiarbeiter tödliche Brandwunden erlitten.

Von der holländischen Grenze, 16. Jan. **(Schmuggler überrascht.)** Im Grenzort Eschaven wurden fünf Schmuggler überrascht, die mit schwerbeladenen Fuhrwerken der Grenze zustrebten. Während sie selbst entkommen konnten, wurde das gesamte Schmuggelgut, darunter 20 Rollen Kleiderstoff im Werte von 5000 Mark, beschlagnahmt.

W **Köln,** 15. Jan. **Die Strafkammer** verurteilte den Metzgermeister, Innungsmeister der Schweinemetzgereien in Köln-Mülheim, Hermann Kellner, wegen Betruges, Unterschlagung und Höchstpreisüberschreitung zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten und einer Geldstrafe von 2000 Mark. Der Stadt Mülheim wurden von Köln Fleischwaren überwiesen, die der Angeklagte zu verteilen hatte. Er ließ sich nun sein Quantum überweisen und gab Fleisch, das für andere Metzger bestimmt war, an seine Filialen ab. Als infolge der Fleischknappheit in Köln-Mülheim der Talbestand aufgedeckt wurde, zahlte er freiwillig eine Entschädigung von 2000 Mk.



Wir kämpfen weiter bis zum endgültigen Siege!

Weitere Kriegsnachrichten.

Das Herrenhaus verlangt einen den Opfern entsprechenden Frieden.

TU **Berlin, 16. Jan. Im Herrenhause ist ein Antrag eingebracht worden, in dem die Zuversicht ausgesprochen wird, daß die Königliche Staatsregierung auf einen Frieden hinwirken wird, bei dessen Abschluß dem deutschen Kaiser die in der Reichsverfassung vorbehaltenen Rechte voll gewahrt werden. Dieser Friede müsse den gebrachten Opfern, den Bedürfnissen der militärischen Sicherung und den politischen und wirtschaftlichen Lebensinteressen des Vaterlandes gerecht werden. Der Antrag soll in diesen Tagen zur Beratung gelangen. Man erwartet dabei eine hochpolitische Aussprache.**

*

Der bulgarische Bericht.

(W) Amtlicher Tagesbericht vom 13. Januar. Mazedonische Front: Im oberen Skumbi-Tale zerstreuten wir durch Feuer starke feindliche Erkundungsabteilungen. Zu beiden Seiten des Ochrida-Sees, in der Moglena-Gegend und südwestlich von Doiran Artillerietätigkeit, etwas lebhafter zwischen Wardar und Doiran-See. Unsere Posten vertrieben eine englische Infanterieabteilung, die sich unseren Schützengräben zu nähern versuchte. In der Gegend von Bitolia und längs des Wardar und der Struma lebhafte Fliegertätigkeit. — Dobrudschafront: Waffenstillstand.

Konzert, Theater 2c.

Kamen, 17. Jan. **Im Zentral-Theater** Kamen am Markt wird am Samstag und Sonntag der berühmte Film „Hoch klingt das Lied vom U-Boot-Mann" gegeben. Die „Deutsche Tageszeitung" in Berlin schreibt darüber: Ein Film, der wert ist, angesehen zu werden, ist der vom „Heldenleben des Erfinders der U-Boote, Wilhelm Bauer", zusammengestellt nach geschichtlichen Urkunden, der unter der Bezeichnung „Hoch klingt das Lied vom U-Boot-Mann" gezeigt wird. Verfaßt hat dieses dramatische Filmspiel in 1 Vorspiel und 5 Aufzügen der Sekretär im Flottenverein Prochnewski. Die geschickte Spielleitung lag in den Händen von Kurt Matull. Die Hauptrolle des Wilhelm Bauer spielt M. Enger. Das Leben Bauers, das hier in eindringlicher und packender Weise vorgeführt wird, ist der bunte Roman eines deutschen Erfinders, der in seinem Vaterlande nicht verstanden und unterstützt wird, in aller Herren Länder geht, wo man zwar auf seine Ideen eingeht, aber alles besser weiß als der Erfinder selber, und dadurch den Erfolg unmöglich macht. Arm und verzweifelt stirbt der Erfinder des U-Bootes in seinem Vaterlande. Sein Gedanke aber ist heute Deutschlands Glück! Die U-Boot-Versuche, die der Film zeigt, sind sehr anschaulich. Ein Film, dem Volke zur Belehrung, dem Erfinder zur Ehrung! — Trotz hoher Kosten hat die Direktion des Zentral-Theaters den Film zur Vorführung in Kamen erworben. Sie rechnet damit, daß die Bürgerschaft von Kamen und Umgegend dem Theater auch die nötige Unterstützung zuteil werden läßt.

Wie ein Trommelfeuer muß es über die harten Herzen in der Heimat herrasen: „Gebt euer Gold! Gebt euer Gold! Gebt euer Gold!" Immer in gesteigertem Maße bis zur sinnberaubenden Wildheit! Das wird wirken! Sie sollen empfinden, daß es Dinge gibt, denen man nicht entkommen und entrinnen kann!

Es gibt ein Glück.

Roman von H. Courths-Mahler.

(37. Fortsetzung.)

Henner v. Tecklenburg war mit sich zu Rate gegangen. Sollte er Jobst v. Steinaus Wink befolgen und sich um Rose-Marie von Waldeck bewerben oder nicht? Sie war ihm nicht unsympathisch, aber er liebte sie auch nicht. Er glaubte überhaupt nicht, daß er noch jemals etwas wie Liebe für eine Frau empfinden konnte. Aber er dachte sich, daß er es nicht schwer finden würde, mit Rose-Marie Seite an Seite durchs Leben zu gehen. Es erschien ihm sogar ein freundlicher Gedanke, dies stille, sanfte Wesen mit den traurigen Augen unter seinen Schutz nehmen zu können.

Es konnte nicht schwer sein, dem armen Kinde ein wenig Sonnenschein zu geben. Sie tat ihm so leid. Und er konnte das Gefühl nicht los werden, als drohe ihr eine Gefahr, als bedürfe sie eines Schutzes — gegen ihre Tante. Immer wieder grübelte er darüber nach, daß Frau v. Ribnitz behauptete, Maria von Waldeck sei lungenkrank gewesen. Sie hatte sich sogar die Mühe nicht verdrießen lassen, eine ärztliche Bescheinigung darüber beizubringen, um Herrn v. Steinau zu überzeugen. Warum das? Warum lag ihr so viel daran, daß der alte Herr an die Krankheit ihrer Schwester glaubte?

Er rief sich die lebensfrische Erscheinung Maria v. Waldecks in die Erinnerung zurück. Ihm war, als höre er ihr frohes, klares Lachen, sähe ihre übermütig strahlenden Augen. Er erinnerte sich, daß er mit ihr getanzt hatte, bis der letzte Ton der Musik verklang.

Und Herr v. Waldeck hatte seine Gattin oft geneckt, weil sie nie etwas von Ausruhen wissen wollte. Auch in der Ausübung von allerlei Sport war sie unermüdlich. Nein — je länger Henner darüber nachdachte, je unglaublicher erschien es ihm, daß Maria von Waldeck mit einem so schlimmen Leiden behaftet gewesen sein sollte.

Und Rose-Marie? Sie sah allerdings aus, als bedrücke sie ein tiefer Kummer, ihre Augen blickten traurig — aber gewiß nicht krank. Ihre Bewegungen waren kräftig und elastisch und ihre Stimme klang klar und frisch, wie die eines gesunden Menschen. Sie hatte nach der anstrengenden Ruderarbeit ruhig und tief geatmet und war nicht ermüdet gewesen.

Jene kleine erlauschte Szene kam ihm wieder mit aller Deutlichkeit in den Sinn. Herta v. Ribnitz hatte damals Herrn v. Waldeck mit seiner Diplomatie selbst den Wunsch in den Mund gelegt, daß sie seine zweite Frau werden sollte. Und sie war sichtlich ärgerlich gewesen, als er sich dann bemerkbar machte und dies Gespräch, das ihr so wichtig schien, unterbrach. Ernst v. Waldecks Tod hatte diese Heirat unmöglich gemacht. Und Jobst von Steinau hatte ihm noch erzählt, daß Ernst v. Waldeck wider Erwarten in seinem Testament weder Heinz noch Herta v. Ribnitz bedacht hatte. Und diese beiden Menschen waren Rose-Maries einzige Erben, wenn sie unvermählt starb. War es da so unmöglich, daß Herta v. Ribnitz aus eigennützigen Motiven eine Ehe ihrer Nichte hintertreiben wollte?

Henner kam nicht los von diesen Gedanken und ein Gefühl warmen Mitleids mit Rose-Marie überkam ihn.

Aber über alledem vergaß er seine eigene Lage nicht und er überlegte Herrn v. Steinaus Vorschlag nach allen Seiten. Eine Heirat mit der Herrin v. Waldeck würde ihn mit einem Schlage aller Sorge entheben. Und außerdem fühlte er seit seinem Besuche in Steinau eine brennende Sehnsucht nach Familienbanden, nach der Zugehörigkeit zu Menschen, die ihm immer lieb gewesen waren, und nach einer geordneten Häuslichkeit. War es da nicht eine Torheit, wenn er die Chance, die sich ihm bot, nicht nützte?

Herr v. Steinau glaubte, daß er Rose-Marie nicht gleichgültig sei. Sollte er das unbeachtet lassen, aus übertriebenem Feingefühl? Würde er sich Rose-Marie nicht mit dem ehrlichen Wunsche und Bestreben nähern, ihr ein treuer und ergebener Freund zu sein und ihren Besitz gewissenhaft zu verwalten?

Ja — das lockte. Er malte es sich in freundlichen Farben aus. Und ehrlich und fleißig wollte er schaffen und arbeiten. Rose-Marie würde er in seinem Herzen hochhalten und alles tun, sie froh und glücklich zu machen, so weit es in seiner Macht stand.

Er war voll Interesse, zu erfahren, wie Rose-Marie sich ihm gegenüber verhalten würde und was Frau v. Ribnitz tun würde, wenn sie merkte, mit welchen Absichten er nach Waldeck kam.

Jobst v. Steinau war sehr pünktlich zur Stelle. Als sein Wagen vor Schloß Tecklenburg hielt, kam Henner schnell heraus. Er war bereit, zu dem alten Herrn in den Wagen zu steigen. Aber dieser erhob sich und stieg aus.

„Nicht so eilig, mein lieber Henner. Ich bin ein Viertelstündchen früher gekommen, weil es mich gelüstet, meine Nase erst mal in Ihren Fuchsbau zu stecken," sagte er vergnügt.

Henner trat zurück.

„Sie werden sehr enttäuscht sein, Herr v. Steinau. Aber da Sie es wünschen, freut es mich doch, daß Sie bei mir eintreten wollen."

Kulitz stand, mit einer sauberen Schürze über seinem Anzug, stramm neben der Türe.

„Aha — da ist ja auch Ihr Zerberus, Henner, der mich neulich so glatt vor die Tür gesetzt hat," sagte der alte Herr lachend.

Kulitz verzog keine Miene und sah nur nach dem Gesicht seines Herrn.

„Kulitz ist mein treuer, ergebener Diener, Herr v. Steinau, und ich halte große Stücke auf ihn," erklärte Henner mit einem freundlichen Blick auf seinen Burschen.

„Na, das ehrt Herrn und Diener zugleich. Also Kulitz, jetzt führen Sie mich mal in die Gemächer Ihres Herrn. Er erlaubt es heute," scherzte Herr v. Steinau gemütlich.

Kulitz tat, wie ihm geheißen. Er öffnete die Türen zu den verschiedenen Zimmern und meldete dabei stolz:

„Das Speisezimmer! Das Schlafzimmer! Das Arbeitszimmer!"

Henner mußte lachen.

„Kulitz hat ein Recht, auf diese Räume stolz zu sein, denn er hat sie sozusagen aus dem Nichts geschaffen. Nun zeigen Sie nur Herrn v. Steinau auch noch Ihre famose Küche und den Pferdestall, Kulitz."

(Fortsetzung folgt.)

* * *

Westfalen u. Rheinland.

Kamen, 17. Januar. **(Hochwasser.)** Die starken Regenfälle der vorletzten Nacht und die damit verbundene Schneeschmelze brachten derartig große Wassermengen in das Gebiet der Seseke, daß diese an den tiefer gelegenen Stellen über die Ufer trat und weite Gebiete überschwemmte. Auch in Kamen war dies der Fall. Nicht allein die Sesekewiesen waren überschwemmt, sondern die Wassermassen ergossen sich in die tiefer gelegenen Straßen der Stadt, und besonders der untere Teil der Bahnhofstraße und die Wilhelmstraße bildeten eine einzige Wasserfläche. Das Wasser stand an einzelnen Stellen annähernd einen Meter hoch. Recht unangenehm war dies Hindernis den Bürgern, die von und zur Bahn wollten, da sie keine Gelegenheit hatten, in das Stadtinnere oder zur Bahn zu kommen. Die elektrische Straßenbahn Kamen—Werne fuhr nur bis zum Markt. Im Laufe der Nacht hat sich das Wasser wenigstens aus den Straßen wieder verzogen. Nur die Sesekewiesen bilden noch einen großen See.

Zwei Urlauberzüge verunglückt.

Wolff meldet aus Saarbrücken: Der Urlauberzug Nr. 243 ist Mittwoch bei Kirn infolge Dammrutsches entgleist. Maschine, Packwagen und zwei Personenwagen sind abgestürzt. Es gab Tote und Verletzte. Nähere Feststellungen über deren Zahl liegen noch nicht vor.

Ein weiteres schweres Eisenbahnunglück ereignete sich Mittwoch früh auf der Strecke Bremen—Osnabrück in der Nähe der Station Bohmte. Im Schneesturm fuhr der von Hamburg kommende Kölner D-Zug auf einen auf der Strecke haltenden Urlauberzug auf. Von den Insassen des Urlauberzuges wurden **33 getötet, 18 schwer und etwa 30 leicht verletzt.** Schuld an dem Unglück hat der Lokomotivführer des D-Zuges, der das Haltesignal überfahren hat. Der Zugverkehr war nur einige Stunden unterbrochen.

Für unser Büro suchen wir zu sofortigem Eintritt

Fräulein,

was nach Diktat flott stenographiert, Maschine schreibt und möglichst mit Büroarbeiten vertraut ist. 148

Hermann Klein & Söhne.

Im Konkurse über den Nachlaß des Fabrikbesitzers **Karl Julius Winter** zu **Kamen** (Nr. 3—14) soll eine **Abschlagsverteilung von 10 %** erfolgen. Die zu berücksichtigenden bisher festgestellten nicht bevorrechtigten Forderungen betragen 160 477,46. M.

Ein Verzeichnis derselben ist auf der Gerichtsschreiberei des Königl. Amtsgerichts Kamen zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. 156

Unna, 15. Januar 1918.

Der Konkursverwalter:
Eylardi, Justizrat.

Lebensmittel-Verteilung
im Amte Pelkum.

In der Woche vom 14. bis 21. Januar 1918 werden verteilt: Auf Lebensmittelbezugsabschnitt Nr. 6: 100 Gr. Nährmittel, 45 Gr. Käse; auf Butterkartenbezugsabschnitt Nr. 13: 60 Gr. Margarine.

Eierkarte Nr. 3 wird für ungültig erklärt, da in dieser Woche keine Eier zur Verteilung gelangen.

Bis Samstag, den 19. Januar 1918, sind in den Geschäften abzugeben: Die Bezugsabschnitte Nr. 7 der Lebensmittelkarte und Nr. 14 der Butterkarte.

Die Geschäfte haben diese gesammelten Abschnitte und die Quittungsabschnitte Nr. 13 der Butterkarte bis Montag, den 21. Januar 1918, vormittags 10 Uhr spätestens, auf dem Amte Pelkum abzugeben.

Pelkum, den 15. Januar 1918.

Der Amtmann: Grube.

Deutsche Vaterlands-Partei
Ortsgruppe Kamen.

Sonntag, den 20. Januar, nachmittags 4½ Uhr:

Vaterländische Kundgebung

zur Erinnerung an die Reichsgründung am 18. Januar 1871
im Schützenhof-Saale.

Redner: Herr Dr. jur. Ramin-Dortmund:

„1871 — 1918, durch deutsche Einheit zu deutscher Größe."

Herr Hauptschriftleiter Wulle-Essen:

„Deutschlands Zukunft im Osten."

Die Mitglieder der Vaterlandspartei, sowie alle Vaterlandsfreunde, Männer und Frauen, aus Stadt und Land sind hierzu freundlichst eingeladen.

Der Eintritt ist frei! **Der Eintritt ist frei!**

129

Der Vorstand
der Ortsgruppe Kamen.



Heute morgen 7 Uhr entschlief sanft nach kurzem, schwerem, mit grosser Geduld ertragenem Leiden unsere gute, treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Schwägerin und Tante

Wwe. Wilhelm Schmidt

Henriette geb. Kieserling

im Alter von 79 Jahren 2 Monaten.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Kamen, Witten, Hamm, Gelsenkirchen (Kolonie), Dortmund, Massen, Soest und westlicher Kriegsschauplatz, den 16. Januar 1918.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 20. ds. Mts., vom Sterbehause, Rottumerstrasse 13, aus statt. 153

Großer Holzverkauf
Heil.

Montag, den 21. d. Mts., morgens 10 Uhr, werde ich in der Waldung der Frau Gutsbesitzerin Schulze-Heil, in Heil, **130 Haufen starkes, meistens eichen Durchforstungsholz,** zu Drahtpfählen, Riegel, Bohnenstangen und Brennholz, sowie **40 bis 50 Stück schöne, lange und starke Buchen** zu Bretter, Bohlen, Nutz- und Brennholz geeignet, auf dem Stamm, und einige starke gefällte **Birnbäume,** öffentlich meistbietend gegen Kredit verkaufen.

Heil. 128

Th. Brüggemann, Aukt.

Oberaden.

Die Mutterberatung findet **Freitag nachmittag 2 Uhr** in der kath. Schule statt. Jede Mutter hat ein Kindertuch für die Wage mitzubringen.

Welche Dame (evtl. Witwe) tritt mit evgl. Mann, anfangs 50er Jahre mit Ersparnissen in Briefwechsel zwecks späterer 138

Heirat.

Schriftliche Angeb. u. **A. K. 22** an d. Geschst.

Eine Wohnung von 5 großen Räumen oder ein kleines **Einfamilienhaus** zu pachten oder zu kaufen gesucht. 154

Offert. unt. **A. A. 100** an die Geschst.

Stellen-Gesuch.

Für einen Knaben, Waise 15 Jahre alt, wird 151

Stelle

beim Bauer gesucht. Ist schon in gleicher Stellung auswärts. Angeb. an **Paul Keps,** Kaiserau bei Kurl Nr. 161.

Stellen-Angebote

Junges

Mädchen

von 17 Jahren zum 15. Februar gesucht. 155

Wo, sagt d. Geschst.

Suche per sofort

Jungen od. Mädchen

zum Auslaufen. 152

Näheres in der Geschst.

Bekanntmachung
betreffend
Nähfadenverteilung.

Die Verteilung der der Reichsbekleidungsstelle für Kleinhändler sowie Verarbeiter und Anstalten zur Verfügung stehenden Menge an

a) **Baumwollnähfäden,**

b) **Leinennähzwirn**

erfolgt demnächst an die Bedarfsstellen.

Bedarfsstellen sind:

1. Die Personen und Betriebe des Bezirkes, die Baumwollnähfäden oder Leinennähzwirn gewerbsmäßig unmittelbar an die Verbraucher gegen Entgelt veräußern — Kleinhändler —.
2. Die Personen und Betriebe des Bezirkes, die
   a) Baumwollnähfäden oder Leinennähzwirn in ihrer hierzu übergebene Gegenstände gewerbsmäßig gegen Vergütung für andere verarbeiten (z. B. Flickschneider) oder
   b) Baumwollfäden oder Leinennähzwirn gewerbsmäßig zur Herstellung von Gegenständen verarbeiten (z. B. Maßschneider) — Verarbeiter —.

Die zu 1 und 2a und b genannten und in Frage kommenden Personen und Betriebe werden hiermit aufgefordert, sich am Donnerstag, den 17. Januar 1918, nachmittags von 3—6 Uhr, auf dem Stadtbauamt, Rathaus, Zimmer Nr. 17, unter Angabe der genauen Adresse, der Größe ihres Betriebes und Zahl ihrer Arbeiter zu melden.

Kamen, den 14. Januar 1918. 1

Die Ortsbehörde:
J. V. Moenninghoff, Stadtrat.

Guterhaltene Guitarre
mit Ledertasche
zu verkaufen. 142
H. Thamm, Gottesbergstraße 1.

Hochtragendes Rind
zu verkaufen. 147
Hiddemann,
Westick.

Gesangbücher
zu haben in der
Buchhandlung
der
Kamener Zeitung
Weststrasse 10.